

# Verfolgte Christen

Informationen des IGFM-Referats Religionsfreiheit

aktuell



„Denkt an die Gefangenen, als wäret ihr mitgefangen!“

Hebr. 13,3

1 - 2018

Liebe Freunde der IGFM,

in einem Interview mit dem christlichen Fernsehsender EWTN bin ich kürzlich gefragt worden, welche Regionen mir die größte Sorge bereiten. In dem Moment ist mir erst richtig klar geworden, dass sich die Situation der Religionsfreiheit für rund drei von 7,47 Milliarden Erdenbürgern in jüngster Zeit nachweisbar verschlechtert hat. In dieser Ausgabe haben wir daher drei Schwerpunkte gesetzt, um das gesamte Ausmaß wenigstens grob zu umreißen: Die Christen leiden am ärgsten in ihren Ursprungsgebieten, sozusagen auf biblischem Boden. Dazu zählt der Irak, wo sich seit Anfang des Jahrtausends ein ungeheurer Vertreibungsdruck gegen sie aufgebaut hat. Ihre Situation ist noch weit davon entfernt, sich zu beruhigen, obschon eine gewisse Zahl hoffnungsvoll aus dem Exil zurückgekehrt ist. In der größten Demokratie der Welt, in Indien, ist der Pluralismus durch die Ideologie des Hindu-Nationalismus in Gefahr, durch den besonders Muslime und Christen betroffen sind. Letztere haben keine Lobby außer Ihnen.

Sämtliche Experten für China, die ich in den vergangenen Wochen und Monaten gesprochen habe, haben meinen Eindruck bestätigt: Das neue Religionsgesetz im Reich der Mitte ist verheerend. Dies ist der Grund, warum die IGFM zur kommenden Jahresversammlung am 6. und 7. April neben der Beschäftigung mit der Situation der Menschenrechte in der islamischen Welt und den Folgen für Europa noch einen hochrangigen Zeugen für die Lage in China anhören wird: Es ist dies Joseph Kardinal Zen Ze-kui, über dessen Einsatz für die Menschenrechte wir bereits in „Verfolgte Christen aktuell“ berichtet haben. Obwohl schon hochbetagt, schließt er sich alljährlich dem traditionellen Protestmarsch der Hongkonger Menschenrechtsallianz „Civil Human

Rights Front“ am jeweiligen 1. Juli an. Der Kardinal wird den Gästen darlegen, wie sehr angesichts der neuen „Vorschriften für religiöse Angelegenheiten“ besonders nicht registrierte

**Kardinal Joseph Zen Ze-kui  
aus Hongkong in Bonn am  
7. April 2018**

**14 Uhr: Gastvortrag „Verletzung  
der Religionsfreiheit in China“  
bei IGFM-Jahresversammlung  
19 Uhr: Verleihung des Stephanus-  
preises für verfolgte Christen**

religiöse Gemeinschaften unter Druck geraten. Von einigen aktuellen Fällen staatlicher Eingriffe gegen Gläubige in China erfahren Sie ebenso in dieser Ausgabe.

Aber auch im bevölkerungsreichsten muslimischen Land der Erde, in Indonesien, spüren Christen heftigen Gegenwind. Das Problem hat Professor Thomas Schirmacher, Präsident des Internationalen Rates der IGFM, in einem sehr persönlichen und leidenschaftlichen Protest im Jahrbuch „Verfolgung und Diskriminierung von Christen 2017“ aufgegriffen. Er wehrt sich darin gegen die Verurteilung seines Freundes „Ahok“ zu zwei Jahren Haft, weil dieser den Koran zitiert hat.

eigentlich heißt, zum „Gefangenen des Monats Juni 2017“ Die internationale Öffentlichkeit horchte auf, als er am 9. Mai unter dem Jubel islamistischer Massen nach fünfmonatigem Prozess wegen angeblicher Blasphemie vom Distriktgericht zu der Haftstrafe verurteilt wurde, obwohl die Staatsanwältin lediglich eine Bewährungsstrafe gefordert hatte.

Basuki hat als Korruptionsgegner sowie auch als Christ Feinde. Er hatte im Wahlkampf erklärt, der Koran verbiete es Muslimen nicht, für einen Nichtmuslim zu stimmen. Die Haft trat er mit einer Bibel im Gepäck an, die er seiner Schwester zufolge zu lesen liebt. In der Absicht, die gesellschaftliche Spaltung nicht weiter zu vertiefen, verzichtete er darauf, gegen das Urteil in Berufung zu gehen. Schirmacher, der gewiss für nüchternes Abwägen bekannt ist, schreibt in bewegenden Worten dazu: „Die Beschäftigung mit absurdesten Verletzungen der Religionsfreiheit ist für mich beruflicher Alltag. Wenn es aber einen Freund wie Ahok, betrifft und wenn es ein Land trifft, das ich so liebe und so oft gegen übertriebene Vorwürfe in Schutz genommen habe wie Indonesien, trifft es mich mit voller Wucht und ich könnte heulen oder schreien oder sonst wie sehr emotional reagieren.“

Der Religionssoziologe und Theologe ist davon überzeugt, dass es sich bei dem harten Urteil um Rechtsbeugung aufgrund von haltlosen Vorwürfen handelt und damit nur die Wiederwahl des beliebten christlichen Gouverneurs verhindert werden sollte. So sei die Büchse der Pandora geöffnet worden. Daraus erwachse Bedrohliches. Zunächst betreffe es nur Einzelne. Schließlich stehe zu befürchten, dass zunehmend mehr missliebige Christen, Angehörige anderer Minderheiten oder Andersdenkende „mit einer wahllosen Behauptung aus dem Verkehr“ gezogen werden. „Bisher lagen Welten zwischen Pakistan und Indonesien,



Selfie mit Papst Franziskus. Copyright: Thomas Schirmacher

Zur Erinnerung: Die IGFM benannte den ehemaligen Gouverneur von Jakarta, Basuki Tjahaja Purnama, wie er

Helfen Sie bitte, diese Informationen zu verbreiten. Fragen Sie in der Geschäftsstelle gerne auch nach der elektronischen Ausgabe:

religion@igfm.de

oder +49 (0) 69 – 42 01 08 – 0

aber das könnte schneller vorbei sein, als man denkt“, befürchtet Schirmmacher. Das Jahrbuch Religionsfreiheit kann gratis als pdf-Datei im Internet heruntergeladen werden. Diese ist

## Irak

Es war einer der Gewaltakte in Nahost, die im Westen aufhorchen ließen. Vor rund zehn Jahren wurde der chaldäisch-katholische Erzbischof Paulos Faraj Rahho aus dem irakischen Mossul ermordet. Und inzwischen ist die Lage der Christen dort noch trauriger geworden.

Der Mord an Erzbischof Rahho kann nicht genauer als auf den Zeitraum zwischen dem 29. Februar und 12. März 2008 eingegrenzt werden. Seit dem Jahr 2003 war er schon bedroht worden, obwohl er sich für die Verständigung zwischen Muslimen und Christen einsetzte. Am 29. Februar 2008 kam er mit zwei Begleitern von einem Kreuzweggottesdienst zurück, als auf ihren Wagen das Feuer eröffnet wurde. Die Mitreisenden und der Fahrer waren sofort tot, während Rahho verschleppt wurde. Zwei Wochen später fand man seinen Leichnam auf einer Müllkippe. Die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) erinnert an ihn in ihrer Ausstellung „Christenverfolgung im 21. Jahrhundert“ – stellvertretend für so viele andere Opfer. Später erkannte die Weltöffentlichkeit: Anschläge und Entführungen, mit denen der Druck auf die christliche Minderheit in Irak begann, stellten nur das Vorspiel zu schlimmeren Verbrechen dar. Mossul sollte zu dem Schauplatz werden, auf dem IS-Anführer Abu Bakr Al-Baghdadi sein Kalifat ausrief.

Christen lebten bis dahin weitgehend ungestört neben ihren Nach-

bar, bevor der IS eindrang und alles umwälzte: Mehr als fünf Millionen Menschen mussten in Folge der Gewalt fliehen. Inzwischen sind mehr als die

Wie jedes Jahr übergab Schirmmacher Papst Franziskus die beiden Jahrbücher zur Religionsfreiheit und zur Diskriminierung und Verfolgung von Christen persönlich. Da er auch Stellvertretender Generalsekretär der Weltweiten Evangelischen Allianz ist, symbolisiert diese Übergabe, dass nur gemeinsame Anstrengungen über

die Grenzen der Konfessionen hinweg die verfolgten und bedrängten Christen wirksam unterstützen können. **(Thomas Schirmmacher, Max Klingberg (Hg.). Jahrbuch Verfolgung und Diskriminierung von Christen 2017. Studien zur Religionsfreiheit Bd. 29. Verlag für Kultur und Wissenschaft: Bonn, 2017. ISBN 978-3-86269-146-3. Pp. 415 S. 12,- Euro)**

Herzlichst und dankbar grüßt Ihre

*Michaela Koller*

## Zukunft der Christen ungewiss

Von Michaela Koller

von ihnen bewohnte Dörfer, eigene Kindergärten und Schulen, Medien und Parteien, von Christen besetzte Posten in Verwaltung, Parlament und Regie-

rung. Seit dem Sturz Saddam Husseins und dem folgenden Beginn der Instabilität flohen viele vor den Gewaltakten in die kurdische Region.



Dieser Mann floh in die Berge vor dem IS und lebt nun im verlassenen Kloster Sankt Hormizd Copyright: Michaela Koller

Hälfte davon zurückgekehrt, darunter laut IOM (Internationale Organisation für Migration) rund 30.000 Christen. In vielen islamischen Ländern genießen Minderheiten weniger Freiheiten als die Christen in der kurdischen Region: Im Gegensatz zur Türkei darf hier etwa das Aramäische unterrichtet werden. Die Christen waren schon lange gesellschaftlich sehr präsent: Ausschließlich

### Der IS löschte das Christentum in Mossul aus

Vor mehr als drei Jahren, nachdem der IS die Niniveh-Ebene überrannt und Mossul eingenommen hatte, flohen zehntausende Christen in die Nähe Dohuk und Erbil vor den Kämpfern mit den schwarzen Fahnen, um sich dort vor Zwang zum Glaubenswechsel, Versklavung oder Ermordung in Sicherheit zu bringen. Die Glocken der Kirchen verstummten, und mit diesen die ganze Stadt: Die sunnitisch-islamischen Fanatiker mit den langen Bärten zerstörten christliche Gotteshäuser und ächteten Musik. Sie zwangen zudem Frauen zur Verschleierung; sie verschleppten und ermordeten, wer sich ihrem System nicht beugte,

darunter auch hunderte Christen, und machten die Zivilbevölkerung zu lebenden Schutzschildern. Von Oktober 2016 bis Juli 2017 dauerte die Befreiungsschlacht um Mossul, wobei eine internationale Allianz die irakische Armee aus der Luft unterstützte. Fast 900.000 Menschen flohen. Der Wiederaufbau der zerstörten Stadt wird noch Jahre dauern. Erst recht wird



viel Zeit vergehen, bis die Flüchtlinge zurückgekehrt sein werden und mit den Nachbarn, die sich einst mit dem IS arrangierten, wieder zusammenleben können. Derweil sind jedoch auch schiitische Milizen, direkt unterstützt durch den Iran, in den Norden des Irak vorgedrungen, die den Christen ebenfalls feindlich gesonnen sind: Anfang Oktober griffen Schiitenkämpfer eine Gruppe christlicher Frauen an einem Checkpoint nordöstlich von Mossul verbal an und forderten sie zum Glaubenswechsel auf.

### Eine zweite Front ist eröffnet

Christen lebten schon in dieser Gegend, bevor Kurden und Araber kamen. Jetzt geraten sie überall zwischen die Mühlen. Sie sind anhaltend verunsichert, wurden sie dort doch schon Zeugen der Auslöschung des Judentums durch radikal-muslimische Kräfte. Die aktuelle Situation bleibt beängstigend, denn es erscheint unklar, wer oder was die Christen in der Region beschützen kann. Kurdische Politiker werben unter den Christen dafür, die kurdische Unabhängigkeit zu unterstützen. Im Gegenzug versprechen sie Gleichberechtigung. Die christliche Minderheit benötigt aber Garantien, keine Versprechungen.

Rund 93 Prozent der Kurden stimmten in einem Referendum am 25. September für die Unabhängigkeit der Autonomen Region Kurdistan. Die Spannungen mit der irakischen Regie-

rung in Bagdad eskalierten, besonders über die Frage der Kontrolle Kirkuks, woher rund sechs Prozent des weltweit geförderten Öls herkommt. Die Kurden hielten den IS 2014 davon ab, sich der Vorkommen zu bemächtigen. Bis Oktober war Kirkuk noch unter kurdischer Kontrolle, dann besetzte die irakische Armee die Stadt. Es kam darüber zu Gefechten. Die Bewohner der christlichen Dörfer Teleskof und Bakofa flohen im Oktober erneut, um nicht in den Kämpfen zwischen der irakischen Armee und Peshmerga aufgerieben zu werden. Mittlerweile sind sie wieder zurückgekehrt, nachdem sich die Lage beruhigte. Es gibt nun nicht nur die Frontlinie zwischen dem IS und dem Irak, sondern auch noch die, an der sich vor allem im Norden

Kurden als Besatzer wahr; andere betrachten die kurdische Unabhängigkeit pragmatisch und hoffen insgeheim auf Zugeständnisse und Schutz vor islamischen Gewalttätern.

Das Oberhaupt der chaldäischen Katholiken, Patriarch Louis Raphael I. Sako, Stephanuspreisträger von 2011, hatte schon vor der Abstimmung im Gespräch mit der IGFM seine Sorge um die Sicherheit der christlichen Minderheit im Irak vorgetragen. „Ich bin wirklich beunruhigt, weil nicht klar ist, was die Zukunft den Christen bringen wird“, sagte der Patriarch. Die internationale Gemeinschaft und ganz besonders die Nachbarländer seien auch verunsichert. „Wir haben Angst vor einem neuen Krieg, bei dem die Christen nur verlieren können“, warnte



Das verlassene Kloster Sankt Hormizd Copyright: Michaela Koller

te der geistliche Würdenträger. Eine so bedrohte Gruppe wie die christliche Minderheit könne sich selbst nicht beschützen. „Allmählich sind wir erschöpft“, betonte Patriarch Sako.

Als oberster Vertreter seiner Gemeinschaft müsse er darauf hinweisen, dass die Christen zu einer leichten Beute würden.

der Niniveh-Ebene Peschmerga und irakische Einheiten gegenüberstehen. Die Zentralregierung hatte die Kurden aufgefordert, die Peschmerga aus den christlich und jesidisch besiedelten Gebieten um Alqosh und Shekhan zurückzuziehen.

### Christen kommen nicht zur Ruhe

In der Niniveh-Ebene machen Christen 40 Prozent der Bevölkerung aus. Bereits 2009 kam eine IGFM-Delegation zu dem Ergebnis: „Die Sehnsucht vieler Menschen in der Niniveh-Ebene ist, mehr zu erreichen als nur die Minderheitenrechte, die ihnen bisher zugestanden werden.“ Die Vision von einer Selbstverwaltung innerhalb einer Föderation ist verlockend. Schon damals fand die Idee einer Volksbefragung über diese Frage großen Zuspruch. Aktuell nehmen erhebliche Teile der Bevölkerung die

Er habe sie auch davor gewarnt, öffentlich Stellung zu beziehen. Er habe beide Seiten, die Regionalregierung und die Zentralregierung, zu einem „mutigen Dialog“ aufgerufen, um noch vor dem Referendum zu einvernehmlichen Problemlösungen zu gelangen.

Vorrangig seien zunächst Stabilität und Versöhnung zwischen allen Gruppen, die Errichtung einer Kultur des Lebens und des Respekts - und schließlich sollte in den Wiederaufbau investiert werden. Der Patriarch betonte, dass es darauf ankomme, den IS auch ideologisch zu besiegen, nicht bloß territorial. Die IGFM setzt sich dafür ein, ein Kriegsverbrechertribunal über die Verbrechen des IS einzurichten.

Helfen Sie mit:

[www.igfm.de/is-tribunal/](http://www.igfm.de/is-tribunal/)  
Mehr zum Thema Religionsfreiheit:  
[www.igfm.de/religionsfreiheit/](http://www.igfm.de/religionsfreiheit/)

Informationen über die Arbeit des Referates „Religionsfreiheit“ erhalten Sie bei der IGFM

Borsigallee 9

60388 Frankfurt/M

Tel.: +49 (0) 69 - 42 01 08 - 0

Fax: +49 (0) 69 - 42 01 08 - 33

e-mail: [religion@igfm.de](mailto:religion@igfm.de)

[www.igfm.de](http://www.igfm.de)

## Falsche Missionsvorwürfe gegen Christen als Vorwand für Schläge

Von Michaela Koller

In der größten Demokratie der Welt werden Rechtsstaatlichkeit und Gleichberechtigung religiöser Minderheiten immer häufiger untergraben. Die Anti-Konversionsgesetze sind eine Steilvorlage für die Verfolgung von Christen in Indien. Regelmäßig erreichen die IGFM Berichte, wonach Angehörige dieser Minderheit von 2,3 Prozent unschuldig inhaftiert werden, nachdem Hindu-Nationalisten sie angezeigt haben. Ein Fall, der sich im Oktober 2017 ereignete, ist besonders dramatisch, weil dadurch sieben Schulkinder in Mitleidenschaft gezogen wurden.

### Fünffährige Christen zu Hindugebet gezwungen

Die Eltern ließen ihre Schützlinge arglos am 23. Oktober 2017 zu einer dreitägigen Freizeit in Mumbai reisen, in deren Zentrum ein Gebetstreffen stehen sollte. Aber die Betreuer, die 50-jährige pensionierte Lehrerin Anita Joseph und der 51-jährige Pfarrschullehrer Amrit Kumar, kamen mit den Kleinen nicht weit: Fanatisierte Hindus hielten sie an der Bahnstation Indore im zentralindischen Bundesstaat Madhya Pradesh an. Es waren Anhänger der Gruppe Hindu Jagran Manch, die sie umzingelten, beschimpften und schlugen. Die Fanatiker konfrontierten sie mit Journalisten, die die Reisegruppe aufgrund manipulierter Informationen filmten, fotografierten und mit Fragen bestürmten. Die Radikalen versuchten die Christen dazu zu bringen, auf der Stelle eine Hindugottheit zu verehren, was bei zwei völlig verängstigten Fünffährigen auch gelang.

Die Polizei wurde eingeschaltet und nahm die Begleiter fest. Der groteske Vorwurf lautete: Die Beiden

hätten die Kinder entführt und beabsichtigt, sie nach Mumbai zu bringen, wo sie zum Christentum zwangskonvertiert werden sollten. Damit hätten sie auch gegen das umstrittene Anti-Konversionsgesetz verstoßen, das außer in Madhya Pradesh auch in den Bundesstaaten Arunachal Pradesh, Chhattisgarh, Gujarat, Orissa und Tamil Nadu gilt. In seiner Anwendung widerspricht das Gesetz Artikel 25 der indischen Verfassung, demzufolge jeder Bürger seine Religion frei wählen darf.

Es wäre leicht gewesen, die Vorwürfe mit Hilfe der Eltern zu entkräften. Die fünf- bis 17-jährigen Jungen und Mädchen wurden jedoch zu einer Kinderschutzorganisation gebracht, die sie in ein Kinderheim vermittelte. Dort blie-

ben sie mehrere Tage. Die Behörden enthielten den Eltern die Information über den Aufenthaltsort vor. Diese sorgten sich inzwischen zutiefst. Schließlich legten die Mütter und Väter der Polizei Erklärungen vor, denen zufolge sie mit der Reise ihrer Kinder einverstanden waren und wiesen sich als Christen aus. Zwei Väter wurden bei der Polizeistation von den Hindu-Nationalisten geprügelt. Amrit Kumar und Anita Joseph kamen erst Anfang November wieder frei. Die Falschbeschuldigung blieb straffrei, und es gibt keine Aussicht auf Gerechtigkeit für die Opfer.

### Vergötzung der Nation

Die Gruppe der Täter ist mit der Organisation Rashtriya Swayamsevak Sangh (RSS) verbunden, die Führungskräfte in der Hindutva-Indeologie schult und bereits 1925 gegründet wurde. Ziel ist die Vereinheitlichung sowie die Vorherrschaft der indischen Religionen. Sie wird als paramilitärisch eingestuft und gilt als Mutterorganisation der seit 2014 regierenden Bharatiya Janata Party. Die Ursprünge der Hindutva, eines militanten Hindu-Chauvinismus, können auf die Anfänge des 20. Jahrhunderts zurückgeführt werden. Die antikoloniale Auflehnung nahm nicht nur die Herrschaft der Briten ins Fadenkreuz, sondern auch die Zeit der islamischen Mogulkaiser. Der Nationalist Vinayak Damodar Savarkar verfasste im Jahr 1923 die Schrift „Hindutva: Who is a Hindu?“, der zufolge das gemeinsame Land, die gemeinsame Abstammung und die gemeinsame Kultur die Nation ausmachen. Die Überhöhung, ja Vergötzung der Nation ist das Kernelement. Zoroastrier, Juden, Christen und Muslime, die alle nicht Indien als ihr heil-

#### Musterbrief

Seine Exzellenz  
Premierminister Narendra Modi  
c/o Indische Botschaft  
Tiergartenstr. 17  
D-10785 Berlin

Exzellenz,  
wir wenden uns wegen der Lehrer Anita Joseph (im Ruhestand) und Amrit Kumar an Sie. Die beiden Christen wurden zusammen mit einer Gruppe Kinder am 23. Oktober 2017 am Bahnhof von Indore in Madhya Pradesh von Fanatikern festgehalten, geschlagen und falsch beschuldigt. Angeblich sollen sie die Kinder entführt und zwangsmissioniert haben, die ebenso wie die zwei Betreuer vorübergehend festgehalten wurden. Wir bitten Sie, sich für die rückhaltlose Aufklärung der gewaltsamen Übergriffe, der Falschbeschuldigung und insbesondere der Hintergründe, warum nicht unmittelbar nach dem Vorfall die Eltern vom Aufenthaltsort ihrer Kinder erfahren haben, einzusetzen. Menschenrechtsorganisationen liegen zudem zahlreiche Informationen über den Missbrauch der Anti-Konversions-Gesetze durch Fanatiker vor, die Christen, die Zeugnis für ihren Glauben ablegen, einschüchtern. Indien hat eine säkulare Verfassung und hat den Pakt über bürgerliche und politische Rechte ratifiziert, in dem in Artikel 18 das Recht auf Religionsfreiheit anerkannt wird. Bitte schaffen Sie die politischen Voraussetzungen, damit Christen und andere religiöse Minderheiten in Indien in Sicherheit leben können.

Hochachtungsvoll

Ihre Spende überweisen Sie bitte unter dem Kennwort  
„Religionsfreiheit“ auf folgendes Konto:

IBAN: DE31 5502 0500 0001 4036 00 • Swift-BIC: BFSWDE33MNZ  
IGFM • Bank für Sozialwirtschaft • Kto. Nr. 1403600 • BLZ 550 205 00



liges Land betrachten, gelten dieser Weltanschauung zufolge als Fremde. Hindus, Sikhs, Buddhisten und Jainas hingegen fühlen sich spirituell mit dem indischen Subkontinent verbunden und daher erkennen die Ideologen sie als wahre Bürger an.

Hassprediger propagieren nicht nur die Einteilung in Bürger erster und zweiter Klasse, sondern stiften zur Verfolgung an. Führend unter ihnen ist der Präsident des Welthindurates, Praveen Togadia, der wiederholt erklärte, der Anteil der Hindus in Indien müsse von 82 auf 100 Prozent steigen. Obwohl der Hinduismus eigentlich nur durch Geburt weitergegeben wird, zwingen Fanatiker Christen und

Muslime regelmäßig, in eigens dafür inszenierten „Rückkehr-Zeremonien“, Hindu-Gottheiten zu verehren. Obwohl die Hindutva-Bewegung schon mindestens 100 Jahre alt ist, konnte sie immerhin bis in die 90er Jahre durch die säkulare, pluralistische und demokratische Verfassung Indiens wirksam zurückgedrängt werden. Die Politik des indischen Premierminister Narendra Modi ist jedoch tief in der Hindutva verwurzelt.

### **Premierminister soll sich zum indischen Pluralismus bekennen**

Obwohl er sich selbst öffentlich

zurückhält, befeuerten Politiker seiner Regierung schon wiederholt das Zwei-Klassen-Prinzip. So fühlen sich schließlich gewaltbereite Fanatiker in der Wahl ihrer Mittel bestätigt, die zudem die Anti-Konversions-Gesetze gegen religiöse Minderheiten einsetzen. Erinnern Sie in kurzen und sachlichen Appellen Premierminister Narendra Modi daran, dass Indien nicht nur eine säkulare Verfassung hat, die Anhänger aller Religionsgemeinschaften schützt, zudem den Pakt über bürgerliche und politische Rechte ratifiziert hat, in dem in Artikel 18 das Recht auf Religionsfreiheit anerkannt wird.

Bitten Sie ihn, sich für die vollständige Aufklärung solcher Übergriffe gegen Minderheiten einzusetzen.

## **China**

Sein Einsatz für die verfolgte Kirche lässt den 86-jährigen früheren Bischof von Hongkong, Kardinal Joseph Zen Ze-kiun, nicht zur Ruhe kommen. Eigentlich hat er im vorigen Jahr den Beschluss gefasst, keine weiten Reisen mehr zu unternehmen. Den Vorsatz kann er nicht einhalten, schrieb er in einer E-Mail an die Verfasserin dieses Beitrags. Der Grund dafür sei sein Einsatz für seine „verfolgten Schwestern und Brüder in China“.

Im Oktober vorigen Jahres bat der römische Kurienerzbischof Claudio Maria Celli – wohl auf Drängen Pekings – den Bischof von Shantou, Zhuang Jianjian, zugunsten Bischof Huang Bingzhangs zurückzutreten. Die Verhandlungen zwischen dem Vatikan und China hatten in der jüngsten Zeit zu einer gemeinsamen Vereinbarung geführt, deren Einzelheiten öffentlich nicht bekannt sind. Die Zeichen stehen auf Tauwetter: Beide Seiten äußerten sich verhalten optimistisch über ihre Erwartungen an die Zukunft.

Bischof Zhuang Jianjian weht der Wind aber kalt ins Gesicht: Der 88-jährige geistliche Würdenträger soll nach der Rücktrittsaufforderung in Tränen ausgebrochen sein, aber nicht weil er im hohen Alter noch an seinem Dienst hänge. Es gehe ihm darum, nicht auf Drängen des Regimes Platz machen zu müssen. Im Jahr 1986 empfing er in der Basilika Unserer Lieben Frau von Sheshan, dem bedeutendsten katholischen Wallfahrtsort Chinas,

## **Dem Druck aus Peking standhalten**

die Priesterweihe, und 2006 wurde er Bischof. Er wolle lieber das Kreuz des Ungehorsams auf sich nehmen, sagte er, nachdem er das Ansinnen abgelehnt hatte. Daraufhin verfasste er einen Brief an den Vatikan. Er bat zudem Kardinal Zen um Hilfe. Dieser sollte sicherstellen, dass das Schreiben Papst Franziskus vorgelegt wird. Über den Vatikandiplomaten aus Hongkong, Erzbischof Savio Hon Tai Fai, erfuhr Zen zufällig, dass der Papst anscheinend Wochen danach immer noch nichts von den Sorgen des verzweifelnden Bischofs wusste. Im Dezember wurde Zhuang dann erneut aufgefordert, seinen Stuhl zu räumen.

### **Kein zweiter Fall Mindszenty**

Daraufhin brach Kardinal Zen mit seinem Vorsatz, keine weite Reisen mehr anzutreten: Bei der Generalaudienz am 10. Januar, zu welcher der Papst jeden Mittwoch öffentlich mit tausenden Gläubigen zusammenkommt, nutzte Zen die Möglichkeit einer kurzen Handkuss-Begegnung, um Franziskus Bischof Zhuangs Hilferuf zu überreichen. Noch am selben Tag ließ der Papst ihn zu einem persönlichen Gespräch einladen. Unmittelbar vor seiner Abreise nach Südamerika nahm er sich eine halbe Stunde Zeit für das Anliegen des Kardinals. Das Oberhaupt der katholischen Kirche sagte dabei laut Zen, er habe darauf bestanden, dass es zu keinem zweiten Fall Mindszenty kommt. (Der aufrechte Erzbischof József Kardinal Mindszenty

von Esztergom, Primas von Ungarn, wurde am 5. Februar 1974 von Papst Paul VI. seines Amtes enthoben, weil er der an „Entspannung“ orientierten vatikanischen Ostpolitik im Weg stand. Im Februar 1949 war er von den Kommunisten in einem Schauprozess zu lebenslanger Haft verurteilt und 1956 während des ungarischen Volksaufstands befreit worden.) Es bleibt abzuwarten, ob Rom dem Druck Pekings in dieser Angelegenheit letztlich doch nachgibt, standhaft bleibt oder ob sich eine dritte Lösung ergibt.

Kardinal Zen sieht die Gefahr der Schwächung der um Treue zu Rom bemühten Christen: Seine Kritik richtet sich gegen die neuerliche Praxis, Priester der nicht registrierten Kirche aus den Gemeinden heraus zu drängen und durch Priester aus den Reihen der Chinesischen Katholisch-Patriotischen Vereinigung zu ersetzen. Diese Körperschaft wird von Peking kontrolliert. Mit solchen Zugeständnissen gegenüber dem kommunistischen Regime versucht der Vatikan, eine Normalisierung der Beziehungen und damit einen sicheren Status für die Kirche zu erreichen. Der Kardinal kommt selbst aus dem heute kommunistischen Festland-China. Als junger Pater des Ordens der Salesianer Don Boscos ging er 1948 nach Hongkong. Nach der Macht ergreifung der Kommunisten 1949 konnte er nicht mehr nach Schanghai zurückkehren. Er war von seiner Familie getrennt und traf seine Mutter nie wieder. Erst nach der maoistischen Kulturrevolution durfte Zen wieder



nach Festlandchina reisen, dort sogar Priesteramtskandidaten unterrichten. So lernte er die Kirche Chinas kennen, sah ihre Spaltung, einerseits die offiziell anerkannten und andererseits die nicht registrierten Katholiken. Er warnt davor, die kommunistische Führung in China leichtfertig anzuerkennen, gerade auch angesichts der Verschärfung der Situation der Religionsfreiheit:

Unter dem Vorwand, Separatismus und Einmischung von außen abzuwehren, regelt ein neues Religionsgesetz – in Kraft getreten am 1. Februar dieses Jahres - kleinste Details des religiösen Lebens in China.

### Noch mehr Kontrolle über die Christen

Zur Neufassung dieser „Vorschriften für religiöse Angelegenheiten“ äußerte sich Kardinal Zen in einem Interview mit der Verfasserin: „Das ist nichts Gutes: Darin ist nur von Kontrolle, Kontrolle die Rede. Tatsächlich hat die Kontrolle zugenommen. Dies betrifft alle Religionsgemeinschaften, aber besonders die Christen, da sie das Christentum als fremde Religion betrachten.“ Dazu gehört die Begrenzung von Auslandsreisen zu religiösen Zusammenkünften, der Einfuhr religiöser Literatur und des Austauschs im Internet. Die Strafen für die Einladung zu Versammlungen, die nicht genehmigt sind, wurden darin verschärft. Über staatliche Organisationen soll Einfluss auf das religiöse Denken ausgeübt werden. Wer nicht bei den Behörden registriert ist, darf gar nicht tätig werden. Von dem Gesetz sind nicht nur die Christen unterschiedlicher Bekenntnisse, sondern auch Buddhisten in Tibet sowie Muslime in Ostturkestan (im Autonomen Gebiet Xinjiang) nachteilig betroffen.

Erkenntnissen der IGFM zufolge werden Anhänger sowohl registrierter als auch nicht registrierter religiöser Gruppen oder Gemeinden verhaftet, festgehalten, misshandelt, gefoltert, darunter katholische Priester und Pastoren von Hauskirchen. Zahlreiche Übergriffe auf Christen ereigneten sich insbesondere infolge einer Kampagne, bei der in der östlichen Provinz Zhejiang Kreuze von Kirchen abgetragen wurden.

Die Kampagne ist Teil eines Sinisierungsprozesses, der im vorigen Oktober bei der Eröffnung des 19. Parteikongresses noch einmal deutlich herausgestellt wurde. Am 18. Oktober



betonte Chinas Präsident Xi Jinping das Prinzip der Sinisierung der Religionen in China unter der aktiven Führung der Partei. Dieses Prinzip bedeutet, dass sich die Gemeinschaften in der sozialistischen Gesellschaft anzupassen haben.

### Bischöfe unter Arrest

Zwei prominente Beispiele aus jüngster Zeit zeigen, dass Katholiken trotz des intensiven Dialogs mit dem Vatikan durch das Regime anhaltend bedrängt und verfolgt werden, wenn sie sich nicht der Staatsmacht unterwerfen. Der erste Fall ist Thaddeus Ma Daquin, der am 7. Juli 2012 in Schanghai zum Bischof geweiht wurde. Er erklärte noch während der Messe seinen Austritt aus der Chinesischen Katholisch-Patriotischen Vereinigung. Dieser Schritt war ihm als Bedingung mit seiner Ernennung durch Papst Benedikt XVI. auferlegt worden. Parteianhänger verließen sofort die Kirche und veranlassten seine Festnahme. Er wird weiterhin festgehalten.

Der Botschafter Deutschlands in Peking, Michael Clauss, ergriff sogar für einen weiteren Bischof das Wort. In einer für einen Diplomaten außergewöhnlichen Stellungnahme schrieb er im vorigen Juni: „Ein Fall wachsender

Sorge ist die Behandlung von Bischof Shao Zhumin durch die Behörden. Seit Herbst letzten Jahres wurde er anscheinend gezwungen, nicht weniger als viermal an unbekannte Orte zu ziehen und steht nun wohl seit seiner Rückkehr unter Hausarrest.“ Der Botschafter forderte, die volle Bewegungsfreiheit wiederherzustellen und kritisierte „weitere Einschränkungen für das Recht auf Religionsfreiheit“ durch die Neuauflage des Religionsgesetzes. Vatikansprecher Greg Burke sagte schließlich, der Heilige Stuhl sei äußerst besorgt und zutiefst bekümmert über diesen und einige andere Vorfälle, die den Weg zur Verständigung nicht erleichterten. Vertreter des staatlichen Büros für religiöse Angelegenheiten versuchten, den Bischof von Wenzhou zum Wechsel in die offizielle Kirche zu drängen. Nach den internationalen Protesten entließ ihn die Polizei am 3. Januar aus dem Gewahrsam.

Bereits seit mehr als 20 Jahren wird Bischof Jakob Su Zhimin von Baoding ununterbrochen an unbekanntem Ort festgehalten. Er war 1996 als „konterrevolutionär“ eingestuft worden, weil er nicht der Chinesischen Katholisch-Patriotischen Vereinigung beitreten wollte. Nach einer Flucht kurz nach der ersten Inhaftierung wurde er 1997 zum zweiten Mal festgesetzt. Seiner Familie zufolge wird der Geistliche von den Behörden als Faustpfand in den Verhandlungen mit dem Vatikan festgehalten. Sie hat seit 2003, als er zu Untersuchungen seines Herzens in einer Klinik in Baoding auftauchte, wo ihn das Personal erkannte, kein Lebenszeichen mehr von ihm erhalten. Er war „Gefangener des Monats“ der IGFM im Januar 2015. Fordern Sie in der IGFM-Geschäftsstelle den Musterbrief an und erinnern Sie die chinesische Führung an diesen Bischof.

(Michaela Koller)

### Impressum

**Herausgeber:** Internationale Gesellschaft für Menschenrechte - Deutsche Sektion e.V. (IGFM)  
Borsigallee 9, D-60388 Frankfurt

Tel.: +49 (0) 69 - 42 01 08 - 0

Fax: +49 (0) 69 - 42 01 08 - 33

e-mail: info@igfm.de Internet: www.igfm.de

USt ID Nr. DE 1142 35 684

**Redaktion:** Michaela Koller (Leitung), Karl Hafen

**Druck:** johnen-druck, Bernkastel-Kues

**Satz und Layout:** Pixelvektor Stefan Eschenbach

**Sektion Schweiz:**

Birkenweg 1, CH-2560 Nidau

Tel.: +41 - 32 - 3 31 75 67

Fax: +41 - 32 - 3 31 57 81

Herausgabe bezuschusst aus Mitteln der

Stephanus-Stiftung für verfolgte Christen.

Dieses Mitteilungsblatt wird an Mitglieder und

Förderer der IGFM kostenlos verschickt. Hier

geäußerte Meinungen stimmen nicht unbedingt

mit der Meinung des Herausgebers überein.